

Pressemitteilung vom 19.05.2021

Der Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz fordern:

- Die sofortige reduzierende Anpassung der Lehr- und Rahmenpläne. Hierbei soll jede Schule (abhängig von der jeweiligen Situation vor Ort) in pädagogischer Verantwortung und selbstständig entscheiden, auf welche Lerninhalte in diesem Ausnahmeschuljahr verzichtet werden kann. Die Fachkonferenzen spielen hierbei eine tragende Rolle.
- Die Sicherstellung durch das Bildungsministerium, dass die im Landeshaushalt zusätzlich eingestellten Corona-Vertretungsmittel unbürokratisch für das Einstellen von mehr Personal an Schulen und zur Unterstützung individueller Förderung verwendet werden dürfen.
- Eine verstärkte individuelle Förderung der Schüler*innen. Hierzu brauchen die Schulen mehr Zeit, größere didaktische Freiheiten und die entsprechenden personellen Ressourcen.
- Es den Förder- und Beratungszentren des Landes zu ermöglichen, die personellen Ressourcen auch für die direkte Förderung am einzelnen Kind einsetzen zu dürfen.
- Eine dauerhafte Verkleinerung von Lerngruppen an den Schulen. Dies kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Schüler*innen die durch die Pandemie entstandenen Lernlücken schneller und besser schließen können. Deshalb fordern wir, mit Beginn des kommenden Schuljahres, die Anzahl der Schüler*innen je Klasse zu begrenzen. Für alle dann neu gebildeten Klassen im 1. Schuljahr der Grundschulen und alle 5. Klassen der weiterführenden Schulen soll diese Begrenzung kurzfristig bei 18 Schüler*innen, langfristig jedoch bei 15 Schüler*innen je Klasse, liegen.
- Eine sofortige Einstellungsoffensive von Lehrkräften/Lehramtsanwärter*innen/Student*innen und geeigneten Quereinsteiger*innen. Auch die Möglichkeiten zum freiwilligen Aufstocken von Lehrer*innenwochenstunden sollen genutzt werden können und dies unbürokratisch ermöglicht werden.
- Eine Erhöhung der Bildungsausgaben auf 6% des BIP, ohne Einbeziehung der Altlasten sondern lediglich einer anteiligen Position für zukünftige Pensionen. So kann eine langfristige Finanzierung im Bildungsetat verankert werden.

Für den LEB RLP
Reiner Schladweiler

Für die GEW RLP
Klaus-Peter Hammer